

Aktiv auf die Menschen zugehen

Etwa 14 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner des Landes können am 26. September über die Zusammensetzung von Rat und Kreistag und die Besetzung der Ämter von Bürgermeister und Landrat entscheiden. Wie viele von ihnen werden ihr Wahlrecht nutzen? Es gibt gute Gründe, sich einzumischen und mit der eigenen Stimme Partei zu ergreifen, meint Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Interview mit „Landtag intern“.

Am 26. September sind Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Warum soll der Bürger gerade bei dieser Wahl seine Stimme abgeben?

Schmidt: Nirgendwo können die Menschen direkteren Einfluss ausüben und größeren Anteil nehmen als an der Politik „vor Ort“, der Kommunalpolitik. In der Gemeinde besteht eben noch die Möglichkeit, den Kandidaten unmittelbar auf den Zahn zu fühlen – und bei der Kommunalwahl geht es nun mal um Einzelpersonen. Deshalb appelliere ich an die Bürgerinnen und Bürger, sich kritisch mit dem politischen Geschehen in ihrem persönlichen Lebensumfeld auseinanderzusetzen und mit zu entscheiden, also zur Wahl zu gehen.

Trotzdem geht die Beteiligung an Kommunalwahlen zurück. Warum ist das so?

Schmidt: Wir müssen feststellen, dass die Wahlbeteiligung insgesamt rückläufig ist. Das ist weniger eine Besonderheit bei Kommunalwahlen. Bei der jüngsten Landtagswahl im Saarland beispielsweise hat die Wahlbeteiligung mit knapp über 50 Prozent einen historischen Tiefstand erreicht. Ich hoffe nicht, dass es bei der nächsten Landtagswahl in NRW genauso sein wird. Natürlich frage ich mich, ob die Menschen von den politischen Parteien noch richtig angesprochen werden und deshalb glauben, mit ihrer Stimme eh' nichts verändern zu können und daher der Wahl fern bleiben. Zudem stelle ich mit Schrecken fest: Es gibt immer mehr Populisten, die durch unser Land ziehen und die Menschen davon überzeugen wollen, nicht mehr wählen zu gehen. Das ist für uns alle eine schwierige Situation. Ich kann nur sagen, wenn wir, wie bereits 1999 geschehen, den jungen Menschen auf kommunalpolitischer Ebene ab 16 Jahren das Wahlrecht zugestehen, dann erwarte ich auch, dass diejenigen, die sich wählen lassen wollen, gezielt den Kontakt mit den Jugend-

lichen suchen. Wir müssen der Entwicklung entgegenwirken, dass viele junge Menschen gar nicht zur Wahl gehen oder, wenn sie denn wählen, nach rechts oder links außen abdriften. Gleiches gilt natürlich auch für die Erwachsenen: Aus meiner 20-jährigen Erfahrung als Bürgermeister weiß ich, wie wichtig es ist, auf die Menschen aktiv zuzugehen. Wenn dies die Politik vor Ort beherrzigt, dann sehe ich der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in NRW optimistisch entgegen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat gerade die Instrumente zu mehr direkter Bürgerbeteiligung geschaffen. Weckt dies Überdruß oder das erwartete stärkere Engagement für die Gestaltung des Gemeinwesens?

Schmidt: Ich sehe diese Instrumente zu mehr direkter Bürgerbeteiligung als eine sinnvolle Ergänzung zu den bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Auf diesem Wege haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, konkret auf einzelne, kommunalpolitisch relevante Themen Einfluss zu nehmen. Die Instrumente haben oftmals die wirksame Funktion eines Feuermelders im Notfall, und zwar dann, wenn der Rat ein berechtigtes Bürgeranliegen nicht erkennt bzw. nicht erkennen will. Dass dies Anlass für Überdruß sein sollte, kann ich nicht erkennen.

An der Kommunalwahl können junge Leute ab 16 teilnehmen. Was glauben Sie - sollte das Wahlalter auch bei anderen Wahlen gesenkt werden?

Schmidt: Ich sage ganz ehrlich, ich war seinerzeit kein großer Freund von der Entwicklung, das Wahlalter auf 16 Jahre herunterzusetzen. Aber es ist so gekommen, ich akzeptiere das, und die Erfahrungen, die wir bislang gemacht haben, sind durchaus positiv. Aber man sollte diese Erfahrungen jetzt zunächst einmal zur Kenntnis nehmen und versuchen, damit politisch umzugehen. Ich halte es also nicht für sonderlich klug, zum jetzigen Zeitpunkt bereits weitere Schritte zu unternehmen, um die Absenkung des Wahlalters auch auf andere Wahlen auszuweiten. 🗳️

